

Zäglich 8000 Ausgesteuerte

2,7 Millionen Erwerbslose — Nur revolutionäre Massenaktionen bringen Arbeit und Brot — Kämpft unter Führung der RGO!

Dresden, 10. Juli.

Nach Meldung der Arbeitsämter gab es am 30. Juni insgesamt 1.813.000 Haupts- und Arbeitsunterstützungsempfänger. Die Abnahme von 36.000 Hauptunterstützungsempfängern in der letzten Monatshälfte wird abgegolten durch eine ebenso hohe Ziffer neuer Ausgesteuerte. Gegenwärtig beträgt die tägliche Aussteuerung von Unterstützungsempfängern aus der Arbeitslosenversicherung rund 8.000. Achttausend Proletarier mehr werden also täglich dem nackten Hunger überantwortet. Die Zahl der Arbeitssuchenden beträgt 2.800.000.

Während die Dresdner Volkszeitung bei diesem Glensbild von Millionen Arbeitsloser "erwartet", daß die Reichsregierung, also die Regierung des infamsten Unterhaltungsraubes, den Arbeitsmarkt "anlaufen" soll, haben wir Kommunisten sowohl im Sächsischen Landtag als auch im Reichstag umfassende Anträge auf Arbeitsbeschaffung eingebroht. Vor allem fordern wir den Siebenstundentag als Maximalarbeitszeit. Erst vor wenigen Tagen wurde sowohl dieser Antrag als auch unter Antrag auf Verbot von Betriebsstilllegungen von der SPD und den Nazis, gemeinsam mit dem Bürgerklotz, im Reichstag niedergestimmt. Das gleiche Schicksal wird unsere anderen Anträge treffen.

Arbeitsbeschaffungsprogramm, Siebenstundentag kann nur das Resultat außerparlamentarischer Kämpfe sein. Kleiner die jetzt wieder in Nordwesteute gezielte Streikbruchpreis von Nazi und Gewerkschaftsbürokratie muß sich das lämpfende Bündnis von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen unter Führung der RGO schließen. Arbeitsbeschaffung, Brot und Arbeit heißt revolutionäre Massenaktionen!

Mögen alle Arbeiter und Arbeitslosen sehen, wie in der Sowjetunion die Arbeitslosigkeit auf proletarischem Wege liquidiert wird!

Mögen sie sich hinter die Forderungen stellen, die kommunistischen Fraktionen im Reichstage bzw. Landtage eingebracht haben.

Mögen die Betriebspolen ihren Kampf für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, der die Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß ermöglicht, verstärken!

Mögen die Erwerbslosenausschüsse höchste Initiative entfalten, um die Millionen Arbeitslosen zur machtvollen Entfaltung ihrer Kräfte zu bringen!

Was der Bürgerklotz nicht freiwillig gibt, muß ihm abgetrotzt werden!

Wo das Proletariat herrscht Stürmische Entwicklung der Sowjet-Industrie

Dresden, 10. Juli.

Während der Kapitalismus von tiefsten Krisen erschüttert wird, die Arbeitslosigkeit wächst, der Ruin des Mittelstandes fortsetzt, Betriebe stillgelegt werden, entfaltet sich die Sowjetindustrie in stürmischen Tempos. Selbst der antisowjetischste "Berliner Börsenkurier" von Hugenberg muß in seiner geistigen Ausgabe aus dem Bericht Rubschitsch auf dem russischen Parteitag folgende Ziffern angeben:

"Der Gesamtwert der im Bau befindlichen Betriebe beträgt 12 Milliarden Rubel, Kohlenförderung 52,50 Millionen Tonnen gegen 35 im Vorjahr. Erhöhung der Rohölproduktion um 10 Millionen auf 17 Millionen Tonnen. Mit der Erfüllung dieses Voranschlages wird die Sowjetunion zum ersten Rohölhersteller Europas. Der Wert der Produktion des Landmaschinenbaues, der in der Vorkriegszeit 70 Millionen Rubel betrug, wird im laufenden Jahre 400 Millionen und im nächsten Jahre 845 Millionen Rubel betragen und damit die Jahresproduktion des Landmaschinenbaues der Vereinigten Staaten von Amerika übersteigen."

Bürokratie gesteht den Streikbruch Schändliche Verräter in Nordwest

Essen, 10. Juli.

Während den vorgezogen stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern der nord-

westlichen Gruppe erklärte der Bezirksleiter Wolf vom DBB:

"Der DBB und ich haben keinen Mann zur Arbeitsniederlegung aufgefordert. Wenn einer unserer Ortsangehörigen danebengehauen hat, so ist das eine Sache für sich; ich habe das nicht verhindern können und vertrete es nicht."

"Ich habe keinen Mann zur Arbeitsniederlegung aufgefordert und vertrete es nicht, wenn ein Ortsangehöriger danebengehauen hat." Da habe ich das Geständnis des Streikbruchs durch die DBB-Führung! Der Bursche, der nach Errichtung der Diktatur des Generals Seekt in Berlin das Abkommen schloß, mocht der Achtstundentag geraubt wurde, dieser Wolf, dessen Namen die Nordwest-Metallarbeiter nur unter Verwünschungen aussprechen, hat die Wahrheit gesprochen, als er in hündischer Unterwürfigkeit vor den Unternehmern seinen Streikbruch bekanntete.

„Die Arbeiterstimme lügt!“

Die betrogenen Betrüger — sie können ohne Polizei überleben. 200.000 Flugblätter sollen ihren schamlosen Betrug in den Zwangsarbeiterverbrennen. Arbeiter, schließt die Kampffront!

Ein altes Sprichwort ist: "Wer schlägt, hat unrecht". Und wie sehr ist die SPD im Unrecht befindet, beweisen ihre zur Beschleierung ihres Betrugs an den Pflichtarbeiter in den Spalten der DBB erzielten Angriffe gegen uns. Ihre Behauptung wir hätten wider besseres Wissen geschrieben, ihr Vorlaufen Döllitz habe das Rathaus von Sipos abperren lassen, ist eine Demagogie. Wenn Döllitz diese Macht hätte, wäre jedenfalls Reichswehr zugezogen worden, denn keine Ahnung, daß die vor seiner Partei so schwerwiegenden Pflichtarbeiter Auflösung haben wollten, münzte die SPD in eine schamlose Kommunistenhetze um. Ihr weiteres Gehege, daß der Fraktionsvorstand der SPD die Delegation der Pflichtarbeiter empfangen habe, ist nach mir von uns eingezogenen Erduldungen infame Lüge. Denn eine Tatsache steht bestimmt fest: bis nach 18 Uhr stand die Arbeitsdelegation noch vor dem Fraktionszimmer der SPD. Als unser Berichterstatter fragte, ob sie empfangen würde, erklärten sie „Jedenfalls nicht“. Wenn aber nach der Behauptung der DBB dennoch der Empfang stattgefunden hat, nun, ihr Herren Sozialdemokraten, warum unterläßt ihr nicht im Plenum den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Zwangsarbeit? Denn nur Taten will die Arbeiterschaft sehen, eure Versprechungen sind erkannt als das, was sie sind: Seifenblasen! Darüber läuft ja ein Flugblatt zur Erfüllung der Pflichtarbeiter nicht hinweg.

Das W Bewe

Seit de
und Baus
Stimmza
gent vermer
DEDB, d
gen hatte,
Arbeitsle

Die be
in der lebt
der Ge
aktion geg
großes U
Arbeits
verstärkt, w
der Arbeit
Die Gu
gepalten u
DBB, der
Brac, der
trums, der
alle besteh
geringen E
gent. Alle
Gedanken

Die Ge
bedenklich
zusammenfa
zum Kongre
großen Ver
ammlung

Die A
hat der Ar
gegeben; es
loren gewor
stigt, deren
nahmen 60
sche Arbeit
vertreten.

glerte zum S
den zum S
Stunden un
um Lehrerha
der Zentralh
DBB, hellte
gegen den sc

Das Ko
zu einer
und etwa 20
die trock
communisti
Politik gepr

Nach den
Jahrmilzen
Bezeichne
Bewegung
Teilnehmer (

Die revo
revolutionä
rungen aufzu
und die Sowje

Die letzte
Oberschlesien
Während lös
der Massen a
Die machende
gibt der Bewe

TU, Bor
fazilität, bef
und Wales in
und mehr als
gleichen Mo



8. Fortsch
Sie verab
dem vierstötig
erreichte Et
Rückher!"

Iwan op
auf beiden Hö
Ihm aufgezäh
Auf dem S
Johann - zwölf
Druckschrift: "

Er wußte jec
wissen wüste
Kollegiali
und nicht mehr
Er war si
hängen und da

Wie ein B
damen, die sein
Schmerz

Die Zigar
war, war jene
drei Würstche
in Gedanken de

Es lag ihm
etwas geliehen
auf darüber wär
ein Einschnitt s

Gauner und Betrüger im Lager der Nazi-Führer

Riesenkorruptionsskandal bei den westdeutschen Nazis

In der Hitlerorganisation im Westdeutschland ist großer Krach. In allen großen Ortsgruppen Köln, Koblenz, Aachen usw. rebellieren die Mitglieder gegen die korrupten Führer vom Schlag der Dr. Ley und Große. Funktionäre stellen die Korruptionsmaterial zusammen und verlangen von der Leitung den Ausschluß ihrer Führer vergleichbar. Unter Bruderorgon Die Sozialistische Republik in Köln veröffentlicht solch eine Zusammenstellung von Korruptionsfällen, die in einem Briefe eines nationalsozialistischen Funktionärs aufgeführt werden.

Dieser Nazimann stellt fest, daß Betriebsgelder, Aufnahmegebühren von Köln aus überhaupt nicht nach München abgerechnet werden, daß Tausende von Mark unterschlagen worden sind.

Der Gauleiter Spießbart kann nicht den Nachweis erbringen über einen Fehlbetrag von 7.300 Mark. Ein korrupter Parteigänger, dem von diesem Spießbart die Unterstölung von 125 Mark aus der Portfolie nahegewiesen wurde, mußte schließlich entlassen werden. Dr. Große, der Oberhauptling der Nazis, holt jedoch diese korrupte Subjekte sofort wieder im Beratung des Westdeutschen Beobachters ein. Große wird öffentlich von seinen Mitgliedern des Meinungs, den er beim Offenbarungszeit leidet, beschuldigt. Dieser Nazihauptling kam als armer Tagelöhner aus dem Hunsrück und erhielt von den Parteigenossen das Mittagessen gestellt. Zeit hat sich dieser Kret durch schwere Korruptionsfälle beschädigt und führt ein ausschweifendes Leben. Ley und Große wurden von der Organisation beauftragt, die Unterstölgungen der Mitglieder Ley und Brehm zu untersuchen. Nach der Angabe des Nazimitgliedes Hantensiel aus Koblenz, Laubachstraße 12, haben jedoch die "Unterfucher" mit den Beschuldigten durch und teilen sich die unterschlagenen Gelder.

Dr. Ley, der Kölner Naziführer, erhält nach den Angaben einiger SA-Leute für jede Versammlung als Referent 50 Mark, außerdem besteht er ein moralisches Einkommen von 1750 Mark.

Damit begnügt sich jedoch, was ein richtiger Naziführer ist, nicht. Von zahlreichen Mitgliedern wird Dr. Ley der Schlimmste Unterstöler von Parteigeldern beschuldigt. In den Versammlungen, in denen er als Referent austritt, läßt er durch mitgebrachte Vertraute Sammlungen vornehmen, die natürlich in seine eigene Tasche fließen. So macht er in Koblenz den guten Ramich von 137 Mark. Als mehrere Mitglieder in einer Versammlung die Aufzeichnung verlangten, erklärte Ley, daß er nur 56 Mark eingenommen hätte. Als jedoch sein vertrauter Tellerfammler sich zu der Angabe bequemte mügte, daß es 118 Mark waren, meinte Ley, daß diese Summe für Auto und Speise aufgebracht wurde. Nach einigen Tagen kam jedoch noch die Rechnung für das benutzte Auto, die dann ebenfalls noch aus der Parteikasse bezahlt werden mußte.

In Köln, wo Ley ebenfalls sich auf diese Weise bereichert, erhielt er von dem Nazimann Hochweide mit der Hundespitze Prügel.

Ortsgruppenleiter, die kategorisch die Absehung dieses korrupten Geistes verlangten, wurden einfach ausgeschlossen.

Dem Mitglied Eiter aus Münster in Westfalen, das ebenso ausgeschlossen wurde, brüstete sich Ley gegenüber, daß „drei Ortsgruppenführer hätten springen müssen“.

In dem Briefe des Nazifunktionärs, den die Sozialistische Republik veröffentlicht, heißt es möglich:

"Ich werde aussagen, daß Dr. Ley ein Lügner ist, Betrüger und Verleumder ist, daß seine Handlungswelt Veranlassung gab, unter ausständigen und ernstzunehmenden Zeugen zu sagen, daß Dr. Ley ein kostspielster Jude in Gemeinschaft übertritte und daß meiner Überzeugung nach Ley, Große und ihr Anhang sich gegenzeitig durch wahrheitswidrige Aussagen und vor Meinungsverschiedenheiten nicht zurückstören.“

Der Major Buch, München, der Vorsitzender des Reichsunterrichtsausschusses der NSDAP ist und non all diesen Unterstölgungen von Parteigeldern und Korruptionsfällen unterschiedlich ist, hat die Ley und Komtoffen verlässt.

Hitler hat erst fürsichtig in diesem Eigentumskampf zwischen Ley und Co. entschieden.

Die Folge davon ist, daß die Rebellion in den einzelnen Ortsgruppen immer weitere Kreise zieht. Die Funktionäre der Hitlerpartei freien an Redakteure der NSDAP-Presse heran und veröffentlichen unter Angabe der einzelnen Zeugen spätlanges Korruptionsmaterial. Die Sozialistische Republik hat ebenfalls Originaldokumente, Quittungen usw. in ihrer Hand. Es ist also zu erwarten, daß in den nächsten Tagen noch mehr Dokumente kommt.

„Schädel einschlagen“

Das folgenschwere Straferblättchen meldet, daß am gestrigen Nachmittag kein Zeitungshändler am Berliner Ufa-Palast vor einer Anzahl von Goebbelsleuten niedergeschlagen wurde.

Der bisher der Hitlerpartei angehörige Leipziger Stadtvorordnete Dr. Doß hat seinen Austritt erklärt, das gleichen der Leiter der nationalsozialistischen Zeitungsredaktionen von Berlin.

Drunter und drüber in der sächsischen KPD-Presse

Bei der Regierungsfrage geht es in der sächsischen SPD-Presse drunter und drüber. Wie soll sie den sozialdemokratischen Arbeitern das Vertragen einer Koalition mit so verdeckten deutschnationalen Wirtschaftspartei Normannen, die den Verzicht selbst auf ihr Mindestprogramm? Schreibt L. E. Chemnitzer Volksstimme:

Die Demokraten und verschiedene andere Parteien scheinen die Beileids der sozialdemokratischen Landesinstanzen leicht zu leiden und noch schlechter verstanden zu haben. Da die Sozialdemokratie zu Verhandlungen auf der Grundlage ihres Programms vom März bereit ist, unter der Selbstverständlichkeit Voraussetzung, daß sie die Führung übernimmt.“

Wie diese „Führung“ aus sieht, dazu bemerkt der Dresden Anzeiger:

Ein Kandidat ist noch von den Sozialdemokraten gewählt worden, die den Posten des Ministerpräsidenten für sich in Anspruch nehmen, Lipinski. Er hat von seinem Kandidaten Radikalismus viel aufgegeben und deshalb protestiert man ihn jetzt auch an Stelle des radikalen Fleißner den Sozialdemokraten sonst immer in Reichstag droht.“

Berücksichtigt, daß die Empörung der KPD-Arbeiter gegen das „Zwickauer Volksblatt“ verläuft dann auch folgende Täuschungsmanöver: Es meint, daß der Landesparteitag die entsprechenden Beschlüsse über eine Koalition zu fassen habe und daß es gelte, alles zu mobilisieren, damit der Landesparteitag am 25. August eine Zusammenkunft erhält, deren Mehrheit Söder macht mit dem Koalitionsput in Sachsen.“

Natürlich ist das ein Manöver. Selbst wenn ein Landesparteitag mit Mehrheit die Ablehnung der Koalition beschlossen sollte, würden die Söder und Arndt genau so wie im Jahr 1924 die berüchtigte 25 über den Weichsel der Mitglieder hinweg zur Tagesordnung treten. Überdies wird ein solcher Landesparteitag ja zusammengezogen sein, daß die Koalitionspolitiker von einer stärkeren Mehrheit verfügen.

„RBD-Milliarden“

SPD fürchtet um die Millionäre / Aber: sind die Forderungen der KPD „unmöglich“?

Unter der Überschrift „RBD-Milliarden“ schreibt ein Teil der SPD-Presse:

Während alle verantwortlichen Kreise suchen, wie das Defizit des Reiches in Höhe von 800 Millionen Mark gedeckt werden kann, hat die kommunistische Reichstagfraktion allein beim Haushalt des Arbeitsministeriums folgende Anträge auf Erhöhung von Ausgaben gestellt. Es sollen erhöht werden die

Invalidenversicherung um	750 Millionen M.
Kinderfürsorge um	135 *
Arbeitslosenfürsorge um	150 *
Arbeitslosenfürsorge um	95 *
Arbeitslosenfürsorge um	350 *
Altentenfürsorge um	60 *
Altentenfürsorge um	10 *
Arbeiterwohnungsbau um	850 *
Zusammen 2400 Millionen M.	

Zum Schlus steht es dann:

„Es heißt Sand in die Augen der Arbeiter streuen, wenn man ihnen solche unmöglichen Versprechungen macht.“ Bereits der erste Sozialdemokrat ist begeistert genug. Dieser Sozialdemokrat. Und die verantwortlichen Kreise, die danach suchen, wie das Defizit gedeckt werden kann, gehören der Bourgeoisie an und betreiben sie im Interesse der Bourgeoisie. Anders können sie ja auch nicht. Für sie gibt es ja nur einen kapitalistischen Ausweg:

„Einem proletarischen Staat, der die Beschäftigten entlastet und die Beschäftigten belastet würde, dürfen und können sie nicht annehmen.“

Wir möchten den Herzen der SPD-Presse einmal empfehlen, im sozialdemokratischen „Klassenkampf“, Nr. 12, nachzuhören. In einem Artikel Tarners „Die Finanzreform und die Jahre“ werden hier Möglichkeiten aufgezählt, die Einnahmen aus Steuern und Monopolen auf etwa 1800 bis 3300 Millionen Mark zu erhöhen. Durch „Einsparungen“ am Reichswehramt, an den Landwirtschaftsministerium und industriellen Subventionen usw. soll es nach

BSPD fordert kategorisch „Negersteuer“